

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## In Kürze

Gemäss Angaben des Zentralen Statistischen Amtes der UdSSR werden in der Sowjetunion alljährlich 800 Mrd. Dokumente ausgefertigt, d. h. rund 7000 Papiere auf jeden der 114 Mio. Arbeiter und Angestellten.

★

In den letzten Jahren ist die Kohlenförderung in der Sowjetunion praktisch auf dem gleichen Stand geblieben. Verändert hat sich nur eines: der Kaloriengehalt der Kohle, der von Jahr zu Jahr sinkt. Die Vorkommen an kalorienreicher Kohle im europäischen Teil des Landes gehen zur Neige, und die sibirische Kohle ist nicht nur kostspielig im Abbau, sondern auch relativ kalorienarm.

★

Der Bau des AKW-Herstellers Atommasch in Wolgodonsk ist vorläufig stillgelegt, weil die Fundamente der Gebäude wegen Grundwassereinwirkung absinken. Der Atommasch-

Komplex steht am Ufer des Wasserreservoirs von Zimljansk (Stausee am Don, 1952–1955 gefüllt, für Wasserkraftwerk und Bewässerung sowie als Verbindungsstück des Wolga-Don-Kanals). Im Sommer 1983 wurde die Lage dieses grössten Atomkraftwerks-Lieferanten des Landes im Politbüro des KPdSU-ZK besprochen. Politbüro- und ZK-Mitglied Dolgich, der damals mit einer Reihe von Ministern die Riesenbaustelle besichtigte, gab in einer Rede «ernsthafte Fehler und Fehlkalkulationen in der Projektdokumentation» zu. Noch ist keine Lösung zur Rettung des Werks gefunden worden. Bisher wurden mindestens 2,5 Mrd. Rubel in den Bau des Atommasch investiert.

★

1984 will die Sowjetunion vier neue grosse Kernkraftwerke installieren, nämlich die AKW in Kalinin, Saporoschje, Balakow und in der Südukraine. Ferner werden in diesem Jahr zwei bestehende Atomkraftwerke (Smolensk und Kolsk) durch zusätzliche Aggregate ausgebaut.

★

Die sowjetischen Medien berichten mit Entrüstung über die angebliche Verfolgung von 12

Nonnen eines orthodoxen Klosters in Jerusalem durch die israelischen Behörden. Diese Entrüstung hat es in sich, nachdem man in der Sowjetunion im Lauf der Jahre Dutzende von Klöstern zerstört oder geschlossen und Tausende von Ordensleuten vertrieben und verfolgt hat.

★

Laut ägyptischen Angaben beläuft sich die Zahl der sowjetischen und kubanischen Militärpersonen in Afrika auf rund 70 000, davon 10 000 in Libyen, 15 000 in Angola und 25 000 in Äthiopien. ■

## Reprotechnik und Sowjetsorgen

**In der Sowjetunion sorgt sich die Forschung laut über den Mangel an Kopiergeräten. Aber die Polizei sorgt leise dafür, dass es dabei bleibt.**

Ein Artikel in der «Prawda» vom 13. 3. 1984 beginnt mit der Feststellung: «Heute ist eine exakte Arbeit eines Betriebes, eines Forschungsinstituts, eines Konstruktionsbüros, einer Bibliothek oder eines Archivs ohne Kopieren, Mikrofilme und Informationsweitergabe undenkbar. Alle diese Mittel werden unter dem Ausdruck Reprographie vereinigt.»

Die Bedeutung dieser Feststellung versteht man erst aus dem weiteren Inhalt des Artikels, in welchem der Lehrstuhlinhaber des Moskauer Instituts für Geodäsie, Luftaufnahmen und Kartographie die katastrophalen Zustände auf dem Gebiet der Reprographietechnik beschreibt.

Die Elektrophotoapparate werden in zwei kleinen Konstruktionsbüros entwickelt und in den ihnen angeschlossenen ebenfalls sehr kleinen Produktionsbetrieben hergestellt. Die unnötig grosse Zahl der Modelle (11) wirkt sich dabei negativ auf die Qualität der Produkte aus. Auch sind diese Modelle zu gross und eignen sich nicht für Kleinbetriebe, Bibliotheken, Museen, Archive, wo es vor allem an Büromodellen fehlt.

Im Jahre 1978 wurde eine erste Serie solcher Kopiergeräte hergestellt: lächerliche fünf

Stück. Heute beträgt die Jahresproduktion ganze 300 Stück, was für ein Land wie die UdSSR natürlich viel zuwenig ist. Viele Betriebe versuchen deshalb eigene Kopiergeräte zu entwickeln und «erfinden dabei wieder das Fahrrad». Als wichtigste Hindernisse bei der Entwicklung der sowjetischen Reprographie nennt der Verfasser den akuten Mangel an entsprechenden optischen Geräten, ungenügende Information über die technische Entwicklung auf diesem Gebiet im Ausland und den akuten Mangel an qualifizierten Kadern. Erst seit 1981 wird im Moskauer Institut für Geodäsie, Luftaufnahmen und Kartographie eine erste Gruppe von 25 Spezialisten ausgebildet.

Indessen ist mit Sicherheit vorauszusagen, dass auf diesem Gebiet die Sowjetunion *niemals* den Stand der entwickelten Industrieländer erreichen wird. Die Unterentwicklung der sowjetischen Reproduktionstechnik hat eine Hauptursache, die der «Prawda»-Autor nicht nennen konnte, nämlich die ständige und an sich berechtigte Angst der Behörden vor der Verbreitung von unzensiertem Schriftgut.

In einem Land, in dem die Schriftproben von jeder verkauften Schreibmaschine, wie in anderen Ländern die Waffenscheine, von der Polizei registriert und aufbewahrt werden und die wenigen Photokopiergeräte wie Geheimsachen verschlossen werden, kann es niemals zu einer normalen Verwendung von Photokopiergeräten kommen. Die Gefahr der Vervielfältigung von Samisdat-Literatur oder von Flugblättern ist viel zu gross und wird immer als wichtiges politisches Hindernis den technischen und wissenschaftlichen Bedürfnissen entgegenstehen.

Gregor Bruderer

## Sprüche

Aus «Literaturnaja Gaseta» und «Krokodil», Moskau

Mündliche Anweisungen sind der Beweis dafür, dass das ungedruckte Wort noch stärker ist als das gedruckte.

★

In der Stadt Teschtschinsk ist die systematische Produktion von Waren zu herabgesetzten Preisen aufgenommen worden. (In der Sowjetunion ist es der Ausschuss, der zu herabgesetzten Preisen verkauft wird.)

★

Lateinische Redewendungen müssen in der Übersetzung auf den jetzigen Stand gebracht werden. «Quod erat demonstrandum» hiess früher «Was zu beweisen war»; heute heisst es: «Das Kollektiv hat immer recht.»

★

Am Gerontologie-Institut I. Krakow führt ein Wissenschaftler an sich selbst ein Experiment zwecks Verlängerung des Menschenlebens um ein Drittel durch: er verzichtet bei der Arbeit auf das Schlafen.

★

Nur das Chromosom lebt gern in der Zelle.

★

«Du, was hat dein Pullover gekostet?» – «Zum Ladenpreis hundert. Aber dank besonderer Beziehungen konnte ich ihn schon für hundertfünfzig kriegen.» (Zum offiziellen Preis gibt es keine gefragten Waren.)

★

Sag mir, was du für Medikamente nimmst, und ich sage dir, mit wem du befreundet bist. (Gute Medikamente gibt es nämlich nur unter der Hand.)

★

Eine neue Methode zur Bekämpfung von Käuferschlangen hat das Industriewarengeschäft Nr. 34 entwickelt. Es führt jetzt keine Waren mehr, nach denen Nachfrage besteht. ■

Zusammenhänge

Terrorismus und Sowjetlager

Das Europäische Parlament hat ein Zeichen gesetzt, aber niemand will es beachten.

Bekanntlich konnten die Hintergründe zum Attentat auf Papst Johannes Paul II. bis heute nie vollständig ausgeleuchtet werden. Erste Hinweise und Belege dafür, dass die Urheber für diese Untat in einer Spezialabteilung des sowjetischen Geheimdienstes KGB zu suchen seien, publizierte die Terrorspezialisten Claire Sterling 1981 in ihrem Buch «Das internationale Terrornetz». Ihr Vorwurf an die sowjetische Adresse war so ungeheuerlich, dass er damals nicht nur von den professionellen Reinwaschern des «realen Sozialismus» und den anpassungswilligen Entspannungsfreunden verdrängt wurde.

Dem Druck des greisen Sandro Pertini, Sozialist und italienischer Staatspräsident, ist es zu verdanken, dass die Justiz sich des Falles dann doch mit Akribie annahm. Die Resultate waren so, dass die sowjetische Drahtzieherschaft und die bulgarische Machenschaft immer plausibler und beweisbarer wurden. Allerdings: Mit letzter Gewissheit wird man wohl nie Aufschluss bekommen. Sei's, weil die schlüssigen Evidenzen dieser einmaligen Geheimdienstoperation

fehlen, sei's, weil der italienische Staat die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu sehr strapazieren will.

Zudem: Die Öffentlichkeit will darüber offenbar gar nicht die letzte Gewissheit haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass sich kein kirchlicher Protestfuss in Bewegung setzte und keine gewaltfrei-friedensbevegte, von der Bergpredigt geschwellte christliche Demonstrationsbrust einen Anti-KGB-Protestknopf trägt.

Ein europäisches Dokument . . .

Dessen ungeachtet: Die Gewissheit um die Vaterschaft des KGB (damals noch unter der Leitung des späteren Kremchefs Andropow) beim Papst-Attentat rückt in Griffnähe.

Neuestes und äusserst bemerkenswertes Indiz dafür ist die politische Beurteilung der Zusammenhänge von «Sowjetunion-Terror-Papst-Attentat», wie sie das Europäische Parlament im Januar dieses Jahres gemacht hat.

Aufgrund eines Kommissionsberichtes über die Destabilisierungstätigkeit der Geheimdienste des Ostblocks wurde eine Entschliessung verabschiedet, die man als geradezu sensationell bewerten muss.

Die Entschliessung bringt durch die Art ihres redaktionellen Aufbaus und durch die Bezüge, die sie setzt, das Papstattentat, den internationalen Terrorismus und Waffenhandel in direkten Zusammenhang mit der «Destabilisierungstätigkeit der Geheimdienste der Ostblockstaaten.»

Dies stellt für die sonst eher leisetretenden europäischen Staaten einen einmaligen politi-

Kriegsschiff «Andropow»

In einem speziellen gemeinsamen Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerates «Über die Verewigung des Andenkens an Ju. Andropow» wird neben verschiedenen Massnahmen (Spezialstipendien, Memorialtafeln, Denkmälern) auch die Benennung oder Umbenennung vieler Objekte nach Andropow angeordnet. Wenn man dabei die rein geographischen Objekte (Städte, Bezirke, Strassen), wie sie in allen Ländern üblich sind, ausschliesst, so bleiben neben fünf zivilen Objekten (Schulen, Hochschulen und Industriebetriebe) vier militärische Objekte, die den Namen Andropows tragen werden: eine Offizierschule, eine Garde-Panzerdivision, eine Grenzwachinheit und ein Kriegsschiff. GB

schen Akt dar. Offenbar haben die «äusserst schwerwiegenden Erkenntnisse» der italienischen Justiz und der italienischen Behörden die Kommission und mit ihr die grosse Mehrheit des Europäischen Parlaments davon überzeugt, dass die Sowjetunion bei ihrem politischen Krieg auch nicht vor Mordanschlägen im allgemeinen und im speziellen gegen das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche zurückschreckt.

Der Kommissionsbericht hat nicht nur den Mordversuch am Papst zum Gegenstand, sondern breitet anhand von Beispielen die ganze Palette des politischen Krieges der Ostblockstaaten aus: von Terror über Spionage, Subversion, Agitation der Frontorganisationen bis hin zur Desinformation und Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Qualität und Quantität dieser Aktivitäten erschien dem Parlament offenbar so bedeutsam, dass es koordinierte Gegenmassnahmen «zur Abwehr jeder Form von Destabilisierung und Terrorismus» verlangte.

Und das ist das zweite höchst bedeutsame Element dieser Entschliessung: Man hat begriffen, dass Europa und die freie Welt seit Jahr und Tag einer Aggression ausgesetzt sind, gegen die nur noch gemeinsames Handeln und ein gemeinsamer Abwehrwillen Erfolg versprechen.

. . . wird unter den Teppich gekehrt

Allerdings: Die Entschliessung des Europäischen Parlaments bedeutet wenig, wenn sie nicht auch vom Willen der europäischen Völker getragen wird. Und da ging die erste Runde schon wieder an die Sowjetunion: Die Bevölkerung weiss von dieser Sternstunde der Europäer ganz einfach nichts, weil von den Medien über diese Entschliessung, ihre Bedeutung und Konsequenzen marginal oder gar nicht informiert wurde. Aus Unwissen, journalistischem Unvermögen oder «weil nicht sein kann, was nicht sein darf»? just

Der Beschluss

ENTSCHLIESSUNG zu der Destabilisierungstätigkeit der Geheimdienste der Ostblockstaaten im Hoheitsgebiet der Gemeinschaft und in der westlichen Welt

Das Europäische Parlament,

A. in Sorge über die äusserst schwerwiegenden Erkenntnisse, welche die italienische Justiz und die italienischen Behörden aus ihrer laufenden Untersuchung nach dem Attentat auf Johannes Paul II. über die internationalen Verbindungen des Terrorismus und des Waffenhandels gewonnen haben,

B. entrüstet über die von der sowjetischen Presse gegen Papst Johannes Paul II. erhobene Anschuldigung einer subversiven Aktivität in Polen, zumal der Papst selbst das Opfer eines Terroranschlags gewesen ist,

C. unter Hinweis auf den von der italienischen Regierung vollzogenen Schritt zur Information der Staaten der Atlantischen Allianz über die Krise in ihren Beziehungen zu Bulgarien,

I. fordert die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Aus-

senminister auf, sich gegen diese destabilisierenden Elemente auszusprechen, die die internen Institutionen und den Weltfrieden bedrohen;

2. ist der Auffassung, dass eine enge Zusammenarbeit und eine Verbesserung der Informationskanäle zwischen den Zehn zur Stärkung ihrer Abwehrhaltung gegen Aktionen dieser Art beitragen können;

3. wünscht hierfür die Erzielung echter Fortschritte in Richtung auf die Schaffung des Europäischen Rechtsraums, der eine angemessene Zusammenarbeit bei der Abwehr jeder Form von Destabilisierung und Terrorismus gewährleisten soll;

4. beauftragt seinen Politischen Ausschuss, über die politischen Auswirkungen und die aus dieser Situation zu ziehenden Konsequenzen Bericht zu erstatten;

5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliessung der Kommission dem Rat, den im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Aussenministern und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Vom europäischen Parlament angenommen am 13. 1. 1983.

# CH-Rubrik

## Die Steuerung

Man erinnert sich: Ende April 1983 hat der Bundesrat beschlossen, das Berner Büro der Agentur Nowosti wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz, wozu auch die Beeinflussung von Teilen der schweizerischen Friedensbewegung gehörte, zu schliessen. Darauf erhob sich ein grosser Protest bei den Friedensbewegten; keine ihrer Organisationen aber hielt sich dafür – oder sollte man schreiben: wagte es? –, der bundesrätlichen Empfehlung zu folgen und sich ausdrücklich von der Schützenhilfe Moskaus zu distanzieren und so für sich den Verdacht der Fremdbeeinflussung zu entkräften.

★  
★   ★

Am 18. Juni 1983 publizierte die Schweizerische Friedensbewegung (SFB), der «nationale Partner des Weltfriedensrates» – der seit langem als sowjetische Frontorganisation bezeichnet wird –, ein dreihundertseitiges Graubuch zu dem, was sie «Affäre Friedrich» nannte. Darin wurde mit Akribie der Standpunkt der sowjetischen Politik vertreten und behauptet, dass behördlicherseits mit einem wilden Lügengewebe und haarsträubenden Konstruktionen gearbeitet worden sei. In ähnlichen Tonarten stimmten andere Friedensbewegte und zahlreiche linke Vordenker und Wortführer ins Konzert ein.

★  
★   ★

Man wollte und will offensichtlich nicht wahrhaben, dass eine Steuerung auch auf subtilere Weise als durch direkte Befehle und ein rotes Telefon erfolgen kann. Ein solches direktes Eingreifen der Sowjets ist nicht einmal bei den kommunistischen Parteien im Westen erkennbar (was nicht ausschliesst, dass solches anlässlich der recht häufigen Reisen von Westkommunisten nach Moskau geschieht). Aber wer in einer KP oder einer KP-nahen Organisation, wie die SFB eine ist, Karriere machen will, der muss selber zu ergründen trachten, welche Leute und Tendenzen in Moskau Oberhand gewinnen. Er muss auf Indizien achten und seine Politik danach richten.

★  
★   ★

Ein solches Signal kam mit der Konferenz des Weltfriedensrates in Sofia im September 1980: Der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom Dezember 1979 sollte durch Friedensdemonstrationen in den NATO-Ländern torpediert werden. An diesem Kongress hat aus der Schweiz u. a. Peter Rüegg von der Geschäftsleitung der SPS teilgenommen. Damit ist nicht gesagt, diese habe irgendwelche Weisungen erhalten, aber die SPS machte bei der von ei-

nem Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA) organisierten Berner Friedensdemo vom 5. 12. 1981 mit, zusammen mit der PdA, der POCH, der SAP, dem Schweizerischen Friedensrat und der sowjetischen Schweizerischen Friedensbewegung. In den POCH-«positionen» vom November 1981 war zu lesen, das Gros der Friedensbewegten lehne es nicht ab, dass die traditionellen kommunistischen Kräfte mitmachen.

Dieses Mitmachen – eigentlich Mitmischen – kam in den Losungen und Parolen zum Ausdruck, die sich gegen die NATO-Nachrüstung, gegen die USA und gegen die schweizerische Landesverteidigung richteten; sofern neben den amerikanischen Pershing-II- auch die sowjetischen SS-20-Raketen erwähnt wurden, hatte das spürbar nur Alibifunktion.

★  
★   ★

Der kommunistische Einfluss reichte aber weiter als bis zur Formulierung von Forderungen. Die traditionellen kommunistischen Kräfte verstanden es nämlich, die Friedensbewegung in Westeuropa als Tarnmantel zu verwenden und diese unbemerkt zum Kristallisationspunkt für eine «neue Konzeption des Antikapitalismus» zu machen, die mit dem Streben nach Auflösung der NATO «den wohl grössten Beitrag im antiimperialistischen Kampf (d. h. für die kommunistische Weltrevolution) leistete». (Peter Mattmann in «positionen» 40–41/82.)

Im Juni 1983 tagte der Weltfriedensrat in Prag. Aus der Schweiz hat daran (neben anderen) Beat Glur teilgenommen. Dieser ist Exponent des von der Berner Demo vom 5. 12. 1981 bekannten Komitees für Frieden und Abrüstung (KFA). Nach seiner Rückkehr aus Prag kündigte er für den 5. 11. 1983 eine neue Friedens-

Demo an. Man hatte aber aus den Kritiken gelernt und milderte jetzt den einseitigen Antiamerikanismus mit Forderungen nach Abrüstung in West und Ost sowie Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Der kommunistische Einfluss bei den Friedensbewegten dauerte aber fort, wie (der möglicherweise durch die Nowosti-Affäre sensibilisierte) Heinz Bähler in der «friedenszeitung» 9/83 in feiner Umschreibung beklagte.

★  
★   ★

Die grosse Masse der nützlichen Naiven in der Friedensbewegung hat aber davon noch nichts bemerkt oder verhält sich – was noch schlimmer ist – der ganzen Einflussfrage gegenüber völlig gleichgültig. Sie lehnen es eben nicht ab, dass die traditionellen kommunistischen Kräfte mitmachen (s. o.).

Erhard Eppler, «Exponent der Friedensbewegung» (Nationalrätin Lilian Uchtenhagen im Fernsehen DRS am 29. 2. 1984), gab anlässlich einer Pressekonferenz in Bern ein für einen Berufspolitiker geradezu erschütterndes Statement für seine politische Naivität. «Angesprochen auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der deutschen Friedensbewegung, sagte er, die meisten Leute... kümmern sich nicht um kommunistisch beeinflusste... Gruppierungen, die in den Leitungsgremien stärker als ihrem tatsächlichen Einfluss entsprechend vertreten seien.» («Bund», 23. 2. 1984)

Das ist ja gerade die Crux, dass sich die Friedensbewegten nicht darum kümmern, wenn sie von Kommunisten geleitet und verleitet werden, die in den Leitungsgremien stärker vertreten sind, als dies ihrer zahlenmässigen Bedeutung eigentlich entsprechen würde, und so mehr tatsächlichen Einfluss haben, als ihnen proportional zustände. Das ist genau die kommunistische Taktik, wie sie immer wieder zu beobachten war und ist, in letzter Zeit am augenfälligsten wohl bei den Frauen für den Frieden, aber auch bei verschiedenen entwicklungspolitischen Institutionen wie Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Informationsstelle Dritte Welt u. a. m.

★  
★   ★

Die Nowosti-Affäre scheint aber doch bei einigen die Aufmerksamkeit geschärft zu haben. Heinz Bähler wurde schon erwähnt. Nach ihm führte Stella Jegher in der «friedenszeitung» vom Februar 1984 bewegt Klage, dass die Vollversammlung der Friedensbewegten «dominiert» wurde vom Vorschlag der Schweizerischen Friedensbewegung Basel (d. h. dem verlängerten Arm des sowjetischen Weltfriedensrates) für einen Ostermarsch im «Dreyeckland» um Basel.

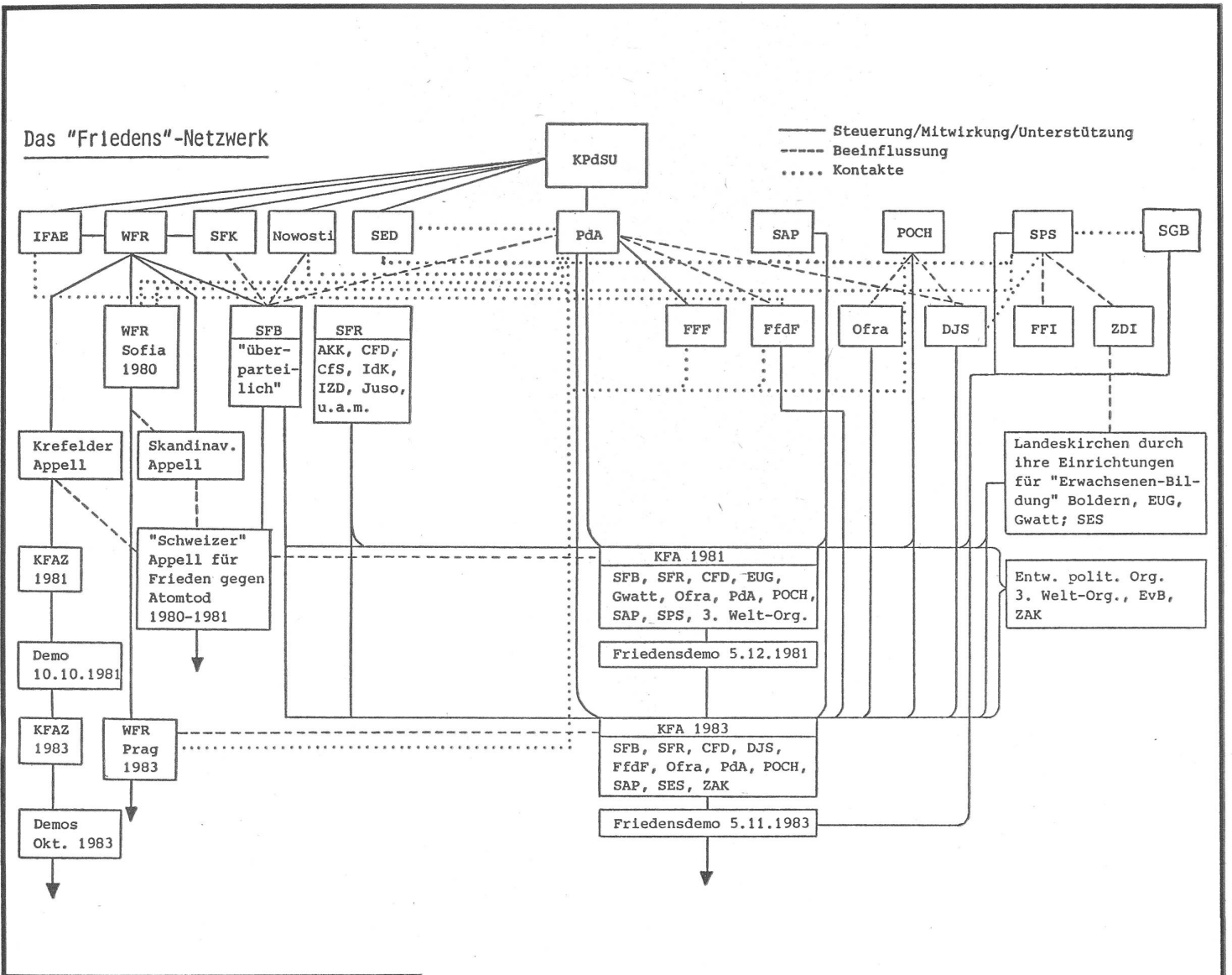
Einen Monat später muss die «friedenszeitung» resigniert feststellen, dass die Vorbereitungen für den Ostermarsch bereits in vollem Gange seien und dass nur noch bleibe zu versuchen, «dass nicht hinter die Forderungen, die am 5. 11. erreicht worden waren, zurückgegan-

## Stell dir vor . . . und kein Ende

Frau Susanne Kramer hat es uns im «Zürcher Kirchenboten» unterschoben, und im «neulinken» Presseverbund haben es Hans Rudolf Hilty und Heinz Däpp flugs weiterkolportiert.

Nämlich die Behauptung, das SOI habe mit seinem Inserat, im Mai 1983 in mehreren Tageszeitungen und am 15. Juni 1983 auch im «ZeitBild» (Nr. 12) veröffentlicht, die Zeilen «Stell dir vor, es kommt Krieg, und keiner geht hin» als von Bertold Brecht stammend bezeichnet.

Das stimmt in keiner Weise. Vielmehr liegt ein wohlorganisierter Desinformationsfall vor. Mit diesem wird sich Jürg Steinacher in der nächsten ZB-Nummer eingehender befassen. *Peter Sager*



gen wird, insbesondere betreffend die Solidarität mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa». Das ist natürlich eine Angelegenheit, in der die Sowjets keinen Spass verstehen, wie die Ausbürgerung unabhängiger Friedensbewegter aus der DDR deutlich genug gezeigt hat.

Aber die Kommunisten liessen sich nichts mehr abmarkten. So blieb dem Schweizerischen Friedensrat nur noch die Resignation; mit einer sda-Meldung distanzierte er sich am 8. 3. 1984 vom Ostermarsch und bezeichnete diesen als einen böswilligen Versuch der Irreführung. Damit befolgt er mit fast einjähriger Verspätung die bundesrätliche Aufforderung, sich von der Schützenhilfe Moskaus zu distanzieren, d. h. der Fernlenkung nicht zu gehorchen. Aber wie viele Friedensbewegte werden «um der Sache willen» an Ostern doch mitmarschieren, so wie Moskau es gewünscht hat? km

(Auf Leserwunsch wiederholen wir hier in einer Ausführung von erhöhter Lesbarkeit die Grafik aus der Nummer 22/1983.)

## Abkürzungen

AKK	Arbeitskreis kritische Kirche
Boldern	Evangelisches Studienzentrum
CFD	Christlicher Friedensdienst
CfS	Christen für Sozialismus
DJS	Demokratische Juristen der Schweiz
EUG	Evangelische Uni-Gemeinde
EvB	Erklärung von Bern
FfdF	Frauen für den Frieden
FFF	Frauen für Frieden und Fortschritt
FFI	Friedensforschungsinstitut
Gwatt	Reformiertes Studienzentrum
IdK	Internationale der Kriegsdienstgegner
IFAE	Internationales Forum für Frieden und Entspannung
IZD	Internationaler Zivildienst

Juso	Jungsozialisten
KFAZ	Komitee für Frieden und Abrüstung und Zusammenarbeit
Ofra	Organisation für die Sache der Frauen
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
SAP	Sozialistische Arbeiter-Partei (Ex-RML)
SES	Schweizerische Evangelische Synode
SFB	Schweizerische Friedensbewegung
SFK	Sowjetisches Friedenskomitee
SFR	Schweizerischer Friedensrat
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
WFR	Weltfriedensrat
ZAK	Zentralamerika-Komitee
ZDI	Zivildienstinitiative